

Beschlussvorlage

zur Behandlung im **Gemeinderat**

Betreff: **Umlagefinanzierter Nahverkehr; Vorbereitung einer Bürgerbefragung**

Bezug: Vorlagen 2/2017, 2a/2017

Anlagen: 0

Beschlussantrag:

1. Der Gemeinderat der Universitätsstadt Tübingen sieht angesichts der Flächenknappheit, wachsender Stauprobleme, der Notwendigkeit zur Luftreinhaltung und Lärmreduktion und des bisher fehlenden Beitrags des Verkehrs zum Klimaschutz in der Stadt einen erheblichen Bedarf zum weiteren Ausbau des öffentlichen Nahverkehrs und zur Senkung der Fahrpreise und fordert daher die Landesregierung auf, den Kommunen durch Landesgesetz eine eigenständige Finanzierungsquelle mit Zweckbindung für den öffentlichen Nahverkehr zu verschaffen.
2. Der Gemeinderat beauftragt die Verwaltung, eine Bürgerbefragung parallel zur Bundestagswahl am 24.9.2017 vorzubereiten, in der es inhaltlich um folgende Fragestellungen geht:
 1. Würden Sie grundsätzlich der Einführung einer Abgabe für alle Einwohner über 18 Jahre zur Finanzierung des TüBus zustimmen, wenn Bonus-Card Besitzer von der Zahlung befreit sind und die Einnahmen zweckgebunden verwendet werden, um das Angebot zu verbessern und die Ticketpreise zu senken?
 2. Zusatzfrage: Wenn Sie die Frage mit Ja beantwortet haben, bitte kreuzen Sie an, bis zu welchem Höchstbetrag Sie die Einführung einer solchen Abgabe befürworten würden:
 - a) 5 Euro im Monat
 - b) 10 Euro im Monat
 - c) 15 Euro im Monat

Ziel:

Resolution an das Land zur Einführung einer eigenständigen Finanzierungsquelle mit Zweckbindung für den öffentlichen Nahverkehr; Vorbereitung einer Bürgerbefragung.

Begründung:

1. Anlass / Problemstellung

Durch die Veröffentlichung eines Gutachtens der Landesregierung über "Instrumente zur Drittnutzerfinanzierung für den ÖPNV" und die Vorstöße des Städtetags und des Stuttgarter Oberbürgermeisters Fritz Kuhn zur Einführung einer Nahverkehrsabgabe hat sich während der Erstellung der Vorlage 2/2017 eine neue Sachlage ergeben, die es sehr viel wahrscheinlicher macht, dass dieses Instrument zur Verfügung stehen könnte.

2. Sachstand

Die Verwaltung sah sich durch den Beschluss in Vorlage 234/2015 dennoch verpflichtet, auch Modelle vorzulegen, die sich ohne ein neues Landesgesetz verwirklichen lassen.

Zitat des Beschlusstextes: "Die Verwaltung wird beauftragt, im Dialog mit der Bürgerschaft Finanzierungsmodelle für einen kostenfrei nutzbaren Nahverkehr im Stadtgebiet Tübingen zu entwickeln, die sich in kommunaler Selbstverwaltung umsetzen lassen."

Die Diskussion im Verwaltungsausschuss hat jedoch gezeigt, dass es der Verwaltung nicht gelungen ist, ein Modell zu finden, das sich in kommunaler Selbstverwaltung umsetzen ließe und vom Gemeinderat getragen wird. Daher betrachtet die Verwaltung es nicht mehr als zielführend, diesen Weg weiter zu verfolgen und schlägt dem Gemeinderat mit diesem Beschlussantrag vor, sich auf die Einführung einer Nahverkehrsabgabe zu konzentrieren.

3. Vorschlag der Verwaltung

Die Verwaltung schlägt zum einen vor, die Landesregierung aufzufordern, den Kommunen durch Landesgesetz eine eigenständige Finanzierungsquelle mit Zweckbindung für den öffentlichen Nahverkehr zu verschaffen.

Zum anderen soll eine Bürgerbefragung parallel zur Bundestagswahl vorbereitet werden. Die endgültige Fragestellung und damit die Entscheidung über die Durchführung einer Bürgerbefragung soll vom Gemeinderat Ende Juli beschlossen werden.

4. Lösungsvarianten

siehe Vorlage 2/2017

5. Finanzielle Auswirkungen

siehe Vorlage 2/2017

